Antwort zur Nachfrage der Einwohnerfrage für eine Ampelschaltung durch elektronische Karte von Fred Müller aus der Sitzung vom 31.10.2019

Fred Müller, Saronweg 41 (Name darf genannt werden)

Frau Schneider teilt mit, dass Herr Müller folgende Nachfragen und Anmerkungen zur Antwort des Amtes für Verkehr auf seine Einwohneranfrage zur Ampelschaltung durch elektronische Karten vom 31.10.2019 schriftlich an die Verwaltung geschickt habe.

Im Antwortschreiben des Amtes für Verkehr wird gleich zu Beginn darauf hingewiesen, dass grundsätzlich alle Lichtsignalanlagen umrüstbar sind, der/die VerfasserIn darin jedoch "einen sehr großen Aufwand ohne wirklichen Nutzen" sehen würde.

Diese Einschätzung erscheint mir bei dem genannten Personenkreis nicht einsichtig. Für Mobilitätseingeschränkte Personen stellt eine Verlängerung der Fußgängerampelzeit eindeutig einen Nutzen dar, weil die Möglichkeit sicher und unbedrängt über die Straße zu kommen dadurch erhöht würde.

Wie hoch der Aufwand ist, eine solche Lichtsignalanlagen umzurüsten, muss natürlich im Einzelfall geprüft werden. Dem stimme ich gerne zu.

Das sich lange Wartezeiten für Fußgänger und Fußgängerrinnen nicht aus fehlender Technik bzw. aus fehlenden technischen Möglichkeiten, sondern in der Regel aus den verkehrlichen Anforderungen und Priorisierung ergeben, ist nachvollziehbar, aber im Einzelfall zu hinterfragen.

Wie der/die VerfasserIn im folgenden Absatz in Klammern richtig erwähnt, gehen längere Grünzeiten für Fußgängerinnen und Fußgänger dabei „i.d.R. zu Lasten des Kfz-Verkehrs“. Gerade diese Priorität gilt es aber, insbesondere in bestimmten, besonders stark durch Krankenhäuser, psychiatrische Einrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe, Altenhilfe und Jugendhilfe frequentierten Stadtteilen - wie das in Bethel/Gadderbaum der Fall ist – aus meiner Sicht zu prüfen. Natürlich, wie es der/die VerfasserIn richtig anmerkt, mit der Überprüfung der daraus resultierenden Konsequenzen jeder einzelnen Lichtsignalanlage.

Gänzlich unverständlich erscheint mir aber die Frage, ob eine Optimierung für Fußgänger überhaupt gewollt ist (kann man das in der heutigen Zeit auch anders sehen?) und die Schlussfolgerung, dass „diese doch für alle Fußgänger erfolgen und nicht nur für einige wenige Privilegierte gelten und mit umständlicher unnützer Technik verbunden sein“ sollte.

In irgendeiner Form Mobilitätsbeeinträchtigte Menschen als „Privilegierte“ zu bezeichnen und längere Zeiten zur Überquerung der Straße auch für die Verkehrsteilnehmenden zu fordern, die dies gar nicht benötigen, erscheint mir absolut unlogisch. Einschränkungen in der Mobilität habe ich noch nie als Privileg wahrgenommen und ich, als mobile Verkehrsteilnehmer, benötige gar keine längeren Zeiten. Auch hier erschließt sich mir die Logik nicht.

Die Ampelschaltung durch elektronische Karten für definierte Personengruppen zu ermöglichen, um Nachteile auszugleichen (wie beispielsweise bei den im Text erwähnten sehbehinderten Menschen) wäre meines Erachtens eine sinnvolle Differenzierung, die wir in Bethel/Gadderbaum bereits an vielen anderen Stellen gemeinsam mit der Bezirksvertretung umgesetzt haben.

Schließlich kommt der/die VerfasserIn zu dem Schluss, dass eine Veränderung einzelner Lichtsignalanlagen mit „umständlicher unnützer Technik verbunden“ ist. Mag sein, dass die Prüfung und ggf. eine Umrüstung einzelner Lichtsignalanlagen Umstände macht, ob dieser Aufwand aber unangemessen ist und dieser Technikeinsatz „unnützlich“ wäre, gerade das bat ich das Amt für Verkehr zu prüfen. Mir scheint aber, dass dies weder mit Betroffenen noch mit Technikern reflektiert und abgewogen wurde.

Daher bitte ich die Bezirksvertretung Gadderbaum, die die Verhältnisse vor Ort sehr gut kennt, um eine erneute Rücksprache mit dem/der VerfasserIn dieser Antwort und bedanke mich für die Mühe.

Gerne komme ich auch zu einem persönlichen Gespräch im Amt für Verkehr vorbei.

Frau Trüggelmann trägt die Antwort des Amtes für Verkehr vor.

Wir möchten die erste Einschätzung nun konkretisieren und die Anfrage von Herrn Müller wie folgt beantworten:

Lange Wartezeiten für Fußgänger an Lichtsignalanlagen (LSA) resultieren nicht aus fehlender Technik, sondern ergeben sich aus den verkehrlichen Anforderungen und Priorisierungen (Grüne Welle, ÖPNV-Beschleunigung, separate Signalphasen für Fußgänger, Radfahrer, Abbieger etc.). Ob und mit welchen Konsequenzen längere Grünzeiten für Fußgänger geschaltet werden können, ist für jede einzelne Lichtsignalanlage aufgrund der dortigen Voraussetzungen und verkehrlichen Auswirkungen zu bewerten.

Sofern Optimierungen für einzelne Nutzergruppen möglich und gewollt sind, sollten diese für alle vorgesehen werden, ohne einzelne Verkehrsteilnehmer zu bevorzugen. An den meisten Lichtsignalanlagen in Bielefeld besteht z.B. für sehbehinderte Menschen die Möglichkeit, über verdeckte Anforderungstaster ein akustisches Freigabesignal anzufordern, das in der Regel mit einer verlängerten Grünzeit des zugehörigen Fußgängersignals verbunden ist.

Diese Regelung steht grundsätzlich allen Fußgängern zur Verfügung und ist einfach nutzbar. Spezielle Nutzungsvoraussetzungen wie elektronische Karten, Handy-Apps o.ä. begünstigen dagegen Einzelne, erfordern einen hohen Aufwand an Technik und Verwaltung und haben einen begrenzten Nutzen.

Ampeln, die mit dem Anforderungstaster z.B. für sehbehinderte Menschen ausgestattet sind, um ein akustisches Freigabesignal anzufordern, sind in der Regel mit einer verlängerten Grünzeit des zugehörigen Fußgängersignals verbunden. Darüber kann auch in Bethel gesprochen werden.

Diese Antwort hat Herr Müller bereits erhalten. Er wird sich ggfs. mit dem Amt für Verkehr in Verbindung setzen, um die Möglichkeiten innerhalb von Bethel zu besprechen.